

GENERALSTREIK

12. Freitag
12. Dezember 2025

**FÜR DEN GESAMTEN
ARBEITSTAG**

ich streike
gegen ein ungerechtes
Haushaltsgesetz

**REGIONALE
KUNDGEBUNG**



TRIENT

9.00 Uhr Start Demonstrationzug ab

VIA VERDI

abschließende Ansprachen

CORSO III NOVEMBRE

VOR DEM REGIERUNGSKOMMISSARIAT

CGIL



DEL TRENTINO

CGIL



AGB

GENERALSTREIK 12. **Freitag** Dezember 2025

Für den gesamten
Arbeitstag

- Arbeitnehmer und Rentner haben 25 Milliarden Euro mehr Steuern gezahlt

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Rentner und Rentnerinnen mussten in den letzten drei Jahren aufgrund des fiscal drag, der durch die Nichtindexierung der Einkommensteuer entstanden ist, 25 Milliarden Euro mehr Steuern zahlen. Die Nettoverluste reichen von 700 Euro bei einem Einkommen von 20.000 Euro bis zu 2.000 Euro bei einem Einkommen von 35.000 Euro. Diese eklatante steuerliche Ungerechtigkeit benachteiligt ausschließlich feste Einkommen (nicht diejenigen, die einer flat tax unterliegen, nicht Renditen, nicht Gewinne). Dieser Mechanismus muss unbedingt gestoppt werden.

- Gesundheitswesen, Bildung, Pflegebedürftigkeit, Wohnen und Sicherheit werden zunehmend vernachlässigt

Die Mehreinnahmen wurden von der Regierung auch nicht für Sozialausgaben verwendet. Denken wir nur an das öffentliche Gesundheitswesen: Mit diesem Haushaltsgesetz wird die Finanzierung des Nationalen Gesundheitsdienstes im Verhältnis zum BIP im Jahr 2028 unter 6 % sinken, den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten. Bereits heute verzichten fast 6 Millionen Menschen auf eine medizinische Versorgung, und die privaten Gesundheitsausgaben der Familien belaufen sich jährlich auf über 43 Milliarden Euro. Es gibt keine ausreichenden Mittel für das Gesundheitswesen, für Schulen, für die Altenpflege, für die Gewährleistung des Rechts auf Wohnraum, für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, für den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer, die nach wie vor genauso häufig oder sogar häufiger als zuvor bei der Arbeit sterben. Für den Kauf von Waffen findet man jedoch Geld, und zwar auch durch Kreditaufnahme.

- Renten: Das Fornero-Gesetz wird verschlechtert!

Die Sparpolitik betrifft auch die Sozialversicherung, mit einer weiteren Anhebung des Rentenalters, von der 99 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sein werden, und mit der Abschaffung jeder Form von Flexibilität beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (einschließlich der ohnehin schon unzureichenden „Frauenoption“ und „verschiedenen Quoten“). In Bezug auf die Renten haben Meloni und Salvini es geschafft, es noch schlechter zu machen als Monti und Fornero.

- Immer mehr junge Menschen fliehen aus Italien

Die Lage des Landes verschlechtert sich von Tag zu Tag: Das Wachstum liegt bei „null Komma“, was einer Rezession nahekommt; der Prozess der Deindustrialisierung dauert nun schon seit drei Jahren an; Die Beschäftigung wächst nur für die über 50-Jährigen, während sie für die jüngeren Generationen zurückgeht und immer prekärer wird, sodass Hunderttausende junger Menschen aus Italien fliehen, auf der Suche nach einer würdigen Arbeit und einem besseren Leben. Das ist die reale Situation des Landes, gegen die die Regierung absolut nichts unternimmt.

- Die Ziele des Generalstreiks

Der Generalstreik hat zwei Ziele: Unterstützung der Fachgewerkschaften in allen offenen Verhandlungen mit den Gegenparteien zu Erneuerung der abgelaufenen Verträge, denn Löhne müssen in erster Linie durch Verhandlungen erhöht werden; Einleitung eines echten Mobilisierung gegenüber der Regierung, um das Haushaltsgesetz auf der Grundlage unserer Forderungen zu ändern.

- Was wir fordern

- die Rückgabe des fiscal drag und dessen Neutralisierung für die Zukunft;
- die Erneuerung aller nationalen Kollektivverträge für den privaten Sektor und zusätzliche Mittel für die öffentlichen Tarifverträge, um die Kaufkraft zu verteidigen und zu stärken, begleitet von einer echten Steuerbefreiung der Lohnerhöhungen für alle;
- die Stärkung und Ausweitung des vierzehnten Monatsgehalts für Rentnerinnen und Rentner;
- die Blockierung der automatischen Anhebung des Rentenalters für alle, eine größere Flexibilität beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und eine beitragsabhängige Garantierente für prekär und unregelmäßig Beschäftigte;
- eine echte Industriepolitik für das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor, um unser Produktionssystem zu innovieren, den ökologischen und digitalen Wandel zu steuern, Arbeitsplätze zu verteidigen und neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen;
- Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, auch durch eine Änderung des Vergabesystems;
- Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, schlechter Bezahlung, Schwarzarbeit und nicht angemeldeter Arbeit;
- Stärkung des öffentlichen Dienstleistungssektors: Gesundheitswesen, Bildung und Forschung, Pflege, Wohnungsnot, Recht auf Bildung, öffentlicher Nahverkehr;
- Mittel für Reformen in den Bereichen Pflege, Behinderung und territoriale Betreuung sowie für Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern;
- Ein außerordentlicher Plan zur Einstellung und Stabilisierung prekärer Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor;
- Investitionen und Maßnahmen zur Beseitigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in Beschäftigung und Entlohnung;
- Eine echte Strategie zur Wiederbelebung Südtaliens.

- Holen wir das Geld, wo es ist, und sagen wir Nein zum wahnsinnigen Wettrüsten

Um all dies zu erreichen, gibt es zwei Voraussetzungen.

Die erste: Wir holen uns das Geld dort, wo es ist (Gewinne, Extra-Gewinne, großes Vermögen, Steuerhinterziehung), auch indem wir von den reichsten 1 % der Bevölkerung einen Solidaritätsbeitrag verlangen, um Maßnahmen zum Wohle der übrigen 99 % zu finanzieren. Unser Vorschlag würde 26 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr garantieren, um all das zu finanzieren, was wir fordern, angefangen beim Gesundheitswesen.

Die zweite: den wahnsinnigen Wettlauf um Aufrüstung aufgeben, der darauf abzielt, unsere und die europäische Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft umzuwandeln und der den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten des Landes enorme Ressourcen entziehen würde. Allein für Italien sprechen wir von fast 1.000 Milliarden Euro, wenn man bis 2035 wirklich 5 % des BIP erreichen will.

DEMOKRATIE
bei der **ARBEIT**

